

Brühler Heimatblätter

zur heimatlichen Geschichte, Natur- und Volkskunde für Brühl und Umgebung



Nr. 1
Januar 2024
81. Jahrgang
Einzelpreis
2,50 Euro

Es war eine schöne Zeit

Aber was wird die Zukunft bringen?

von Michael Hammermayer (1. Vorsitzender des BHB 2017-2023)

Mit einer Mischung aus Stolz und Dankbarkeit blicke ich auf meine Amtszeit als erster Vorsitzender zurück. Es war eine Zeit des gemeinsamen Engagements und des Zusammenhalts. Da ich nun nicht mehr aktiver erster Vorsitzender bin, möchte ich hier die Gelegenheit nutzen, um einige Höhepunkte unserer gemeinsamen Reise zu reflektieren. Während meiner Amtszeit hatten wir das Privileg, viele bedeutende Momente zu erleben. Zusammen haben wir den Heimatverein zu einer vitalen und engagierten Gemeinschaft geformt. Die Organisation von Veranstaltungen und die Förderung unserer Gemeinschaft standen stets im Mittelpunkt unserer Bemühungen.

Es war inspirierend zu sehen, wie sich der Verein zu einem Ort entwickelt hat, an dem Menschen zusammenkommen, Ideen austauschen und unseren Verein feiern. Gemeinsam haben wir Traditionen bewahrt.

Natürlich waren auch Herausforderungen zu bewältigen, und es hat mich beeindruckt, wie wir als Gemeinschaft in schwierigen Zeiten zusammengehalten haben. Die Solidarität und der Zusammenhalt waren die Grundpfeiler, auf denen wir auch in turbulenten Phasen aufbauen konnten. Ich bin stolz darauf, Teil dieses großartigen Teams gewesen

zu sein und danke jedem Einzelnen von euch für eure Unterstützung und euer Engagement. Unser Brühler Heimatbund steht für die gelebte Verbundenheit zu unserer Heimat und für den Einsatz eines jeden Mitglieds.

Doch heute möchte ich euch auf eine dringende Angelegenheit aufmerksam machen: **Der Verein benötigt unbedingt einen Vorstand mit einem neuen ersten Vorsitzenden, da andernfalls der Verein aufgelöst werden muss.** Diese Position

ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Vereins. Ein Vakuum in der Führung wird die Errungenschaften unserer Gemeinschaft gefährden.

Ich rufe euch daher mit allem Nachdruck auf, aktiv bei der Suche nach einem neuen ersten Vorsitzenden mitzuwirken. Wenn ihr potenzielle Kandidaten kennt oder selbst Interesse habt, diese wichtige Rolle zu übernehmen, ist jetzt der Moment, sich zu melden. Lasst uns gemeinsam sicherstellen, dass die Geschichte unseres Heimatvereins nicht abrupt endet, sondern dass sie

in einem neuen, aufregenden Kapitel fortgesetzt wird. Die Zeit drängt, und der Fortbestand unseres geliebten Vereins hängt von unserem gemeinsamen Einsatz ab. In Vorfreude auf eure Unterstützung und auf viele weitere inspirierende Momente und Erfolge in der Zukunft unseres Vereins.



Sinnbildlich für die momentane Vereinssituation:
Nachdenklich beim karnevalistischen Kaffeekränzchen 2018

Beiträge in diesem Heft:

Es war eine schöne Zeit (Seite 1), Ankunft und Integration der Vertriebenen in Brühl (Seite 2-9)
Jahreshauptversammlung (Seite 10), Zur aktuellen Situation des Brühler Heimatbundes (Seite 11)

Die Ankunft und Integration der Vertriebenen in Brühl (1945-1961)

Teil 2

von Ulrich Wehrhahn m.a.



Am Eichenbusch Wohnungsbau für Umsiedlerflüchtlinge um 1950

Stadtarchiv Brühl

Wohnraumversorgung und berufliche Eingliederung

Mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Unterkünften werden wesentliche Faktoren für die Integration der Vertriebenen geschaffen.

Der kommunale Wohnungsbau als Eingliederungsfaktor Anfänge und Entwicklung der Bautätigkeit

Vor der Währungsreform vom 20. Juni 1948 ist es nur be-

schränkt möglich Baumaterial zu erhalten. Die ersten staatlichen Maßnahmen, die Wohnungsnotprogramme von 1946 und 1947/48, sind zur Instandsetzung von Wohnungen bestimmt. Von den 65 genehmigten Vorhaben des zweiten Programms werden 1947/48 nur 16 fertig gestellt. In beiden Programmen werden, die von der Kreisverwaltung nur sehr beschränkt zugeteilten Baumaterialien, nach Bedarf an die Bauwilligen verteilt.

 **LUBLINSKY**
STAHL- UND FEINSTAHLBAU

0 22 32 / 42 396 - info@lublinsky.de

Metallbau & Edelstahlarbeiten

- Türen & Tore
- Vordächer
- Geländer
- Zaunanlagen
- Innenausbau
- Handläufe

Balkone und mehr ...

Der Landrat bietet der Stadt über das Baulenkungsamt vier Nissen-Doppelbaracken aus Wellblech an. Die Annahme wird einstimmig abgelehnt. Trotz der größten Wohnungsnot erscheinen Nissenhütten dem Brühler Bauausschuss als Wohnstätte unzumutbar. Erst nach einer weiteren Aufforderung durch den Oberkreisdirektor werden sie „zur Bereitstellung von Wohn- bzw. Werkstattraum an Baulustige“ angenommen.

Die trotzdem katastrophale Situation spiegelt ein Stadtratsbeschluss vom Juli 1947 wider: „Die allgemeine Wohnungsnot hat in der Stadt Brühl ein besonders bedrohliches Ausmaß erreicht. Die starke Belegung der Stadt durch Besatzung und deren Familienangehörigen, welche Belegung im Verhältnis zur Gesamtbelegung im Regierungsbezirk sich besonders fühlbar macht, die große Zahl von Flüchtlingen, Evakuierten usw., der weitere Zuzug von Familienangehörigen, die erschreckend hohe Zahl von TBC-Erkrankungen. Die Unterbringung von zahlreichen Familien in Behelfsräumen, die nur für den Sommer benutzbar sind, stellen den Wohnungsbau vor so schwierige Aufgaben, dass mit der bisherigen Baustoffzuteilung nur ein verschwindend geringer Prozentsatz des unumgänglich nötigen Wohnraumes bis zum Herbst fertig gestellt werden kann. ... Gelingt es nicht mit sofortiger Wirkung über das bisherige Maß der Zuteilungen hinaus, Baustoffzuteilungen zu erhalten, so sind die Folgen für den kommenden Herbst und Winter nicht abzusehen.“

Im Herbst 1947 wird von der Landesregierung ein Bergarbeiter-Wohnungsprogramm aufgelegt. Brühl erhält aus diesem Programm 48 Prozent des für den Landkreis vorgesehenen Bauvolumens. 116 Bauvorhaben werden 1948 genehmigt, 47 davon im selben Jahr fertig gestellt. Dies zeigt die große Bedeutung, welche die Landesregierung der Braunkohleindustrie in Brühl beimisst.

Durch die katastrophale Wohnungslage wird die Errichtung von Neubauwohnungen unumgänglich. Im April 1949 wird auf Beschluss des Stadtrates deshalb die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (Gebausie) gegründet. Ihr Zweck ist die Linderung der Wohnungsnot durch Errichtung von Wohnungen. Besonders werden die Projekte des Kleinsiedlungswesens unterstützt und der Wohnungsbau zur Aufnahme der der Stadt zugewiesenen Kontingente von Vertriebenen, Flüchtlingen, äußeren und inneren Umsiedlern, sowie Maßnahmen zur Barackenfreimachung und Unterbringung von Evakuierten. Wichtige weitere Bauträger sind die Industrie (z.B. das Eisenwerk), die Gemeinnützige Baugenossenschaft Brühl eGmbH und die Siedlergemeinschaften. Die Wohnungsbaugesellschaft für das Rheinische Braunkohlegebiet baut zudem Wohnungen und Eigenheime für Bergarbeiter.

Seit Mai 1949 wird der Bau von Kleinwohnungen (Volks-



Vergangene Spuren 1: Schlichtwohnungen für Umsiedler am Eichenbusch in Brühl (Reg.-Bez. Köln) aus: Die Umsiedlung der Heimatvertriebenen (Rechenschaftsbericht NRW)

wohnungen) durch Landesdarlehen gefördert. In diese sollen u.a. Vertriebene, Flüchtlinge und Ausgebombte einziehen. Zudem profitieren Vertriebene in NRW von den „Bestimmungen über die Förderung der Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge“. Durch diese wird Bauherren bis 1952 ein finanzieller Anreiz gegeben, neu geschaffenen Wohnraum für Vertriebene bereitzustellen. Dieser kann durch Neubauten, Instandsetzungen kriegsbeschädigter Wohnräume, durch Um- oder Ausbauten von bisher nicht zu Wohnzwecken benutzten Gebäuden oder -teilen oder durch Wohnungsteilung gewonnen werden. Dazu werden sog. „verlorene Zuschüsse“ gewährt. Es handelt sich um Subventionen des Staates, die nicht zurückgezahlt werden müssen. In Brühl werden 81 Wohnungen mit 118.970 DM gefördert. Sie entstehen zumeist in Form von Einliegerwohnungen im Rahmen von Kleinsiedlungsmaßnahmen.

Die Wohnungsbaugesetze von 1950 und 1956 bestimmen, dass der Wohnungsbau für die Vertriebenen und die anderen Gruppen von Geschädigten besonders zu fördern ist. Der Bau von Wohnungen in der erforderlichen Größenordnung setzt eine einheitliche Planung und die Unterstützung durch steuerliche und andere Vergünstigungen, insbesondere den Einsatz öffentlicher Mittel im großen Umfang, voraus. Die Eingliederung der Geschädigten (Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte) obliegt weitgehend dem Lastenausgleich. Entweder werden öffentliche Förderungsmittel verstärkt oder die Mittel dem Geschädigten direkt für die Eigentumbildung zur Verfügung gestellt. Wenn sich der Antrag auf eine Mietwohnung bezieht, verbessern sich die Chancen des Bewerbers eine Wohnung zu erhalten und verringern für einen längeren Zeitraum die Mietbelastung. Vor allem leisten die Aufbau-

**Die Buchhandlung
Karola Brockmann**

Unser Online-Shop:
Rund um die Uhr geöffnet!

brockmann-buecher.de

Uhlstraße 82, 50321 Brühl
Tel. (02232) 410498

Immer persönlich erreichbar:
Mo bis Fr. 8.00 bis 19.00 Uhr
Sa 8.00 bis 16.00 Uhr

Brockmann



Am Eichenbusch 1, „Ostdeutsche Bäuerin bei der Ernte der Kornfrucht, umgeben von den Emblemen ihrer unvergessenen Heimatprovinzen“ (Freskomaler Gerhard Hoffschulz).

Foto: Ulrich Wehrhahn, die Aufnahme entstand im Oktober 2014 während der Renovierung des Hauses.

darlehen einen wesentlichen Beitrag zur Eigentumsbildung durch den Bau von Familienheimen oder Eigentumswohnungen. Obwohl es sich um Darlehen handelte, ersetzen diese das fehlende Eigenkapital. Für Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte sowie ehemalige Verfolgte der Nazi-Diktatur werden die Darlehen in Form von „verlorenen Zuschüssen“ ausgezahlt. In Brühl werden auf diese Weise 92 Wohnungen mit 132.540 DM gefördert.

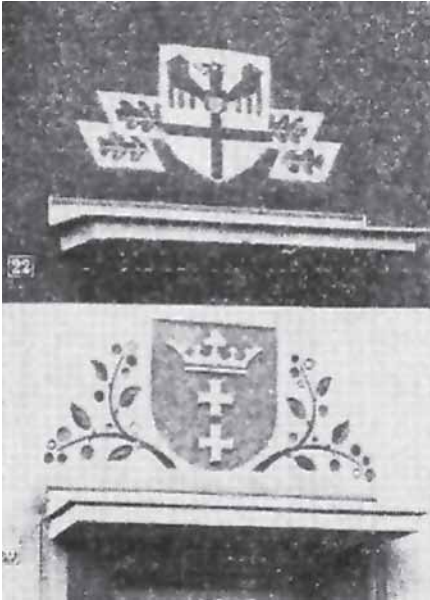
Umsiedlungsmaßnahmen

Die äußere Umsiedlung

Umsiedlung und Wohnungsbau sind in NRW ursächlich miteinander verbunden. Nur durch eine gesteigerte Wohnungsbautätigkeit konnten Vertriebene aus den Hauptaufnahmeländern an die Arbeitsplätze im rheinisch-westfälischen Industriegebiet herangeführt werden. Die Diskrepanz zwischen Unterbringungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten ist die Voraussetzung für eine Abstimmung von Wohnungsbau, Arbeitsnachfrage und Arbeitsvermittlung. Vor der Einweisung eines Vertriebenen in einen neuen Bestimmungsort, muss die Zustimmung des Wohnungs- und des Arbeitsamtes vorliegen. Diese Praxis soll Arbeitsplatz und Unterkunft für den Zuziehenden sicherstellen. Gleichzei-

tig wird die Chance für eine gezielte staatliche und kommunale Wohnungsbaupolitik geschaffen. NRW befindet sich hier in einer günstigen Situation. Die Landesregierung räumt dem wirtschaftlichen Wiederaufbau die höhere Priorität ein. Deshalb widersetzt sie sich zunächst der Rückführung von Evakuierten und der Umverteilung von Vertriebenen. Hier wird ein ausgeprägter Länderegoismus deutlich, den die Militärregierung nur teilweise mittragen konnte. Bis März 1948 werden trotzdem nur 2.400 Vertriebene und Flüchtlinge aus dem überlasteten Schleswig-Holstein nach NRW weitergeleitet. Die geringe Zahl liegt in der Verzögerungspolitik der Landesregierung begründet, die ihren Aufnahmeverpflichtungen kaum nachkommt. Nur Facharbeiter, wie Bergleute und Stahlarbeiter, sind stets willkommen.

Wirksame Maßnahmen zur Umsiedlung erfolgen erst nach Gründung der BRD. Fünf Umsiedlungsprogramme der Bundesregierung binden gewaltige Wohnungsbaumittel, die den finanziellen Rahmen dafür bieten, dass der Wohnungsbau als Konjunkturstütze wirkt. Diese freiwillige Migrationsbewegung sorgt im Rahmen des Länderflüchtlingsausgleichs dafür, dass bis 1962 aus den hauptbelasteten Aufnahmeländern Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen



Vergangene Spuren 2:
Wappenhäuser
in Vochem
Kölnischer Stadt-Anzeiger
30.6.1954,
Stadtarchiv Brühl

1.007.000 Menschen vorwiegend nach Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen (499.700) und Rheinland-Pfalz umgesiedelt werden. Die Umsiedlung dient der Familienzusammenführung, der Arbeitsvermittlung allgemein und speziell der Arbeitsvermittlung von Großbedarfsträgern in Form von Sonderprogrammen.

Eine besondere Bedeutung hat im Rahmen der Umsiedlungsmaßnahmen das sog. „Stoßprogramm“. Hier werden an Orten, wo ein nachhaltiger Arbeitskräftebedarf besteht, Neubauwohnungen im Voraus für die von einer Aufnahmekommission des Landes noch auszuwählenden Umsiedler geschaffen. Ihr Standard liegt jedoch erheblich unter dem Niveau der zur gleichen Zeit im allgemeinen sozialen Wohnungsbau geschaffenen Wohnungen. Von 1950 bis 1954 werden auf diese Weise für 139 Umsiedlerfamilien Neubauwohnungen in Brühl geschaffen.

In Brühl werden im Rahmen des Stoßprogramms die ersten 60 Wohnungen in der Straße „Am Rolfsacker“ errichtet. Weitere in „Am Eichenbusch“. Die Häuser sollen später in das Eigentum der Umsiedler übergehen. Damit die Häuser mit einer größeren Wohnfläche versehen werden, stellt die Stadt zusätzliche Mittel zur Verfügung. Zum Richtfest werden die Neubauten in der Rheinischen Zeitung beschrieben als „... raummäßig klein. Zwei Wohnungen liegen in einem Eingang, auf jeder Etage also eine. Die hinteren Zimmer werden nur durch eine dünne Leichtbauplatte getrennt sein, weil in einigen Jahren die Häuser Einfamilienhäuser werden sollen. Dann wird diese dünne Wand herausgerissen und aus zwei Zimmerchen ein sehr geräumiges Zimmer entstehen. Es ist also bestens für die Zukunft geplant. Da die Umsiedler meist aus kleinen Verhältnissen kommen (überfüllte Baracken), sind sie bestimmt zunächst froh, eine anständige Wohnung zu erhalten.“ Schwierigkeiten ergeben sich daraus, dass mit den Umsiedlern nicht direkt verhandelt werden kann. Ihre persönlichen Bedürfnisse können nur durch einen umfangreichen Schriftwechsel berücksichtigt werden. So sind die gerechte Verteilung und die endgültige Einweisung in die Wohnungen mit viel Aufwand verbunden. Die Auswahl der Umsiedler erfolgt durch das Arbeitsamt Brühl-Bergheim. Sie sind mit wenigen Ausnahmen voll arbeitsfähig

und haben zum größten Teil sofort Arbeit bekommen. Sie stellen somit für die Stadt keine soziale Belastung dar. Die Bemühungen der Stadt für dieses erste Umsiedlerprojekt erhalten Anerkennung. Es wird als das Schönste im Land angesehen und deshalb von Vertretern der Landesregierung Schleswig-Holstein besichtigt. Der Siedlungsbau für Vertriebene wird auch zum Thema im Karneval. In einer Büttendrede wird 1951 der Wunsch nach Siedlungsbau auch für „Alt-Brühler“ gefordert.

Die innere Umsiedlung

Neben der „äußeren Umsiedlung“ werden 1951 bis 1953 in NRW „innere Umsiedlungen“ durchgeführt. Hier gehören auch Flüchtlinge und Personen mit Anspruch auf Soforthilfe zu den Kreisen der Berechtigten. Die Vertriebenen stellen jedoch den größten Teil dar. In Zusammenarbeit mit den Wohnungsbehörden und der Arbeitsverwaltung entwickelte das Land ein Wohnscheinverfahren. Die Betroffenen werden erst nach der Bereitstellung von Wohnungen, aber ohne Anspruch auf einen bestimmten Arbeitsplatz, umgesiedelt. Die Umsiedlung erfolgt beim ersten Programm 1951 auf dem Wege der direkten Arbeitsvermittlung. Die Trennung der Familie muss für die Aufnahme von Arbeit oftmals in Kauf genommen werden. Diese kann erst etwa 12 Monate später nachziehen. Deshalb dient die Weiterführung des Programms 1952 auch der Familienzusammenführung und ist nicht mehr von der Annahme einer Arbeitsstelle abhängig. 1953 werden noch stärker als bisher die Familienzusammenführung und die Rückkehr von Evakuierten berücksichtigt. Um die Unterbringung zu sichern, werden drei Wohnungsbauprogramme beschlossen. Dadurch wird es 1952 in Brühl möglich neun Familien in Etagenwohnungen und 1953 drei Familien in Neubauten, elf in Einliegerwohnungen von Kleinsiedlerstellen und vier in Etagenwohnungen unterzubringen. Zudem baut die Bundesbahn als öffentlicher Träger im Regierungsbezirk Köln 130 Wohnungen, davon 24 in Brühl (vier Häuser in der Franzstraße).

Siedlungswesen

Im Frühjahr 1947 beginnt das Land die staatliche Förderung des Siedlungswesens. Ziel ist es möglichst vielen Menschen den Besitz eines Eigenheimes zu ermöglichen. Ein Garten soll zur Eigenversorgung beitragen. Träger der Maßnahmen sind die Gemeinden, welche die Aufgaben



Die Reihe der Häuser mit den ostdeutschen Wappen wächst weiter
Kölnische Rundschau 8.8.1952, Stadtarchiv Brühl



Kristallglaswerk Wittwer Schleifsaal Altheider Weihnachtsbrief 14. Dezember 2010

gemeinnützigen Wohnungsunternehmen übertragen können. Zu den Hauptaufgaben gehören die Landbeschaffung, die Auswahl der Siedler und die Beschaffung öffentlicher Finanzierungsmittel. Zur Kontrolle wird vom Rat ein Gemeindefinanzierungsausschuss eingesetzt. Dieser ist von 1947 bis 1952 tätig. Ihm gehört auch ein Vertriebener (Flüchtlingsvertreter) als beratendes Mitglied an. In den Sitzungen wird über die Anträge der Bewerber entschieden. Vertriebene werden als solche hervorgehoben. Die Siedlerbewerber haben sich teilweise für einzelne Projekte zusammengeschlossen, andere werden von Betrieben benannt, die zugleich deren Eigenkapital als Darlehen stellen. Andere Siedler werden durch die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften benannt. Hier stellt die Gebausie den Großteil der Bewerber. Durch Beschluss des Stadtrates wird der Ausschuss 1952 aufgelöst. Seine Aufgaben gehen auf das Siedlungsamt über. Dieses wurde wegen der besonderen Bedeutung des Siedlungswesens eingerichtet und in Personalunion mit dem Flüchtlingsamt geführt.

Im September 1948 beschließt der Rat die Grundsätze für das erste Siedlungsprojekt, die Rodderbruchsiedlung. 15 von 59 Bauherren sind Vertriebene und weitere 50 belegen Einliegerwohnungen (zweckgebunden bezuschusst). In der Presse wird das Projekt als „Das Bauwunder vom Rodderweg“ gefeiert. Auch beim zweiten Siedlungsprojekt in Vochem sind Vertriebene beteiligt. Anfang November 1951 findet die Übergabe des ersten fertig gestellten Hauses an die Vertriebenenfamilie Siebeneich statt. Beim dritten Projekt, die Gallbergsiedlung im Ortsteil Badorf, konnten aus der Liste der 71 Siedlerfamilien durch den Zeitzeugen Heinz Thoma 30 als Vertriebene identifiziert werden. Die Siedlergruppen arbeiten nach dem Prinzip des Selbsthilfegedankens. Die Häuser werden gemeinsam gebaut. Wer die meisten Arbeitsstunden investiert, erhält das erste Haus. Dieses System bietet, gerade für Familien ohne Eigenkapital, Anreize sich als Siedler zu engagieren. Der Entschluss zum Eigenheimbau, besonders bei einem Projekt der gegenseitigen Selbsthilfe, welches gemeinsam mit Einheimischen betrieben wird, zeigt, dass eine Angleichung der Minderheit der Vertriebenen an die Mehrheit der Einheimischen möglich ist.

Wirtschaft und Gewerbe

Seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts war Brühl ein zentraler Ort des Rheinischen Braunkohlereviere. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Braunkohleabbau als entscheidende Voraussetzung zum Wiederaufbau der Wirtschaft verstärkt wieder aufgenommen. Schwieriger ist die Lage für das produzierende Gewerbe, welches mit Materialengpässen zurecht kommen muss. Die Wende bringt die Währungsreform. Der Handel normalisiert sich und die Bauwirtschaft blüht auf. Ganze Stadtteile entstehen. Noch 1949 sind 25 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Braunkohleindustrie beschäftigt. Doch für diese begann im Brühler Revier die letzte Phase. Nach der Auskohlung der Gruben wurden auch die Brikettfabriken geschlossen. Die Stadt ist gezwungen verstärkt Maßnahmen für einen Strukturwandel zu ergreifen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Vertriebene als Arbeitskräfte

Zieht man 1950 die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge von der Gesamtbevölkerung ab, zeigt sich, dass die Zahl der einheimischen Bevölkerung um etwa eine Million geringer war als 1939. Berücksichtigt man, dass 1944 zwangsweise drei Millionen Fremdarbeiter (genauer: Sklavenarbeiter) und Kriegsgefangene auf dem Gebiet der späteren BRD tätig waren, wird deutlich, dass die Vertriebenen und Flüchtlinge volkswirtschaftlich die hier entstandene Lücke ausfüllten. Ohne sie hätte die, im Krieg ausgeweitete, Produktionskapazität der deutschen Wirtschaft einem erheblichen Arbeitskräftemangel gegenübergestanden. Besonders vor der Währungsreform bilden die Vertriebenen ein bedeutendes Arbeitskräftereservoir. Oft sind sie gezwungen beruflsfremde Arbeiten zu übernehmen. Die Währungsreform selbst verursacht zunächst spürbare Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt, besonders für die Vertriebenen. Die Gründe liegen in der Auflösung von Scheinarbeitsverhältnissen, im Austausch von Vertriebenen durch einheimische Arbeitskräfte und der Zunahme von Arbeitswilligen. Nach 1950 gehen die Arbeitslosenzahlen für Vertriebene wieder kontinuierlich zurück. Sie bilden eine wichtige Arbeitskräftereserve der rheinischen Industrie. Um sie zu mobilisieren wird, wie schon

dargestellt, ein System der Flüchtlingsvermittlung aufgebaut, welches Wohnungsbau, Arbeitsnachfrage und Arbeitsvermittlung aufeinander abstimmen soll.

In Brühl sind 1949 nur 274 Arbeitslose (weniger als ein Prozent der Einwohner) erfasst. Die Stadt zählt sich selbst zu den Städten mit niedriger Arbeitslosenquote. Hauptarbeitgeber ist die Braunkohleindustrie mit 25 Prozent der Beschäftigten, sowie die Metallverarbeitende und die Chemische Industrie mit zusammen 21 Prozent. Die Anzahl der beschäftigten Vertriebenen und Flüchtlinge wird 1951 bei Betriebszählungen mit 742 angegeben. Dies entspricht 7,5 Prozent der arbeitenden Bevölkerung bzw. 30,8 Prozent der bei der Volkszählung am 30.9.1950 registrierten Heimatvertriebenen. Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung Brühls beträgt 8,1 Prozent. Bei der Beurteilung der im Arbeitsprozess stehenden Flüchtlinge ist zu beachten, dass mindestens 100 Personen mehr in Beschäftigung sind, da die in der Landwirtschaft, bei der Bundesbahn und der Bundespost beschäftigten Vertriebene nicht erfasst worden sind. Der Gesamtdurchschnitt bei den Flüchtlingen ist nicht schlechter als bei den Einheimischen. Dies deckt sich mit der Aussage des Zeitzeugen Philipp. Er berichtet, dass eigentlich alle Vertriebenen in Beschäftigung gekommen sind, allerdings nicht alle im erlernten Beruf. Er selbst habe auch erst nach fünf Jahren wieder als Schmid arbeiten können. Viele Vertriebene hätten bei der chemischen Industrie in Hürth-Knapsack und in Wesseling Arbeit erhalten. Dort ist insgesamt ein großer Teil der Brühler Bevölkerung beschäftigt. Der größte Aufnahmerraum für Arbeitskräfte aus Brühl ist Köln.

In den 1950er Jahre steigt die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten wegen Entlassungen im Baugewerbe regelmäßig an. Es folgen die „Frühjahrsbelebungen“. So sinkt vom 1. April bis zum 30. Juni 1956 die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen im Arbeitsamtsbezirk Brühl-Bergheim von 175 (10 Prozent) auf 95 (8,9 Prozent der Gesamtzahl der Arbeitslosen). Die Entwicklung bei den Vertriebenen ist damit noch etwas günstiger als die Gesamtentwicklung. Arbeitslose Vertriebene können zumeist wegen ihres Alters oder anderer Leistungseinschränkungen nicht vermittelt werden. Als die Arbeitslosenzahl der Heimatvertriebenen im ersten Quartal 1957 von 309 auf 158 zurückgeht, wird dies als gute Beschäftigungslage dargestellt. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen sinkt damit von 13 auf 9,7 Prozent. Schwierigkeiten bei der Vermittlung gibt es nicht, sofern die Eignung für die offene Stellung gegeben ist. Zudem wird festgestellt, dass bei einem Anteil der Vertriebenen zwischen 17 und 20 Prozent, deren Beschäftigungsgrad im Revier weit über den Durchschnitt liegt. Im 3. Quartal 1957 sinkt die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen auf 102 (11,5 Prozent aller Arbeitslosen). Wenn die beruflichen Voraussetzungen gegeben sind, gibt es keine Schwierigkeiten bei der Vermittlung. Im Juli 1958 werden die Arbeitsämter angewiesen die älteren arbeitslosen Vertriebenen zu ermitteln und verstärkt zu fördern. Die Vermittlung von Arbeit an Vertriebene ist in Zeiten von steigender Nachfrage nach Arbeitskräften kein wirkliches Problem. Nur die Vermittlung älterer Arbeitnehmer wird als so großes Problem gesehen, dass besondere Aktivitäten der Arbeitsämter eingefordert werden.

Vertriebene in Handwerk und Gewerbe

Die Chancen für Betriebsgründungen durch Vertriebene bewegen sich in engen Grenzen. Besonders die Beschaffung



Gallbergsiedlung
Fotoarchiv der Stadt Brühl Schenkung Heinz Thoma

von Kapital bereitet große Schwierigkeiten. Sofern es gelingt einen lebensfähigen Betrieb zu gründen und bis zur Währungsreform genügend Realkapital aufzubauen, konnte dieser nach der Währungsreform im Zuge des allgemeinen Konjunkturaufschwunges auch Fuß fassen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass es sich um eine Produktion handelt, die dann noch gefragt war. Oft richten sich die Betriebsgründungen nicht nach dem günstigsten Standort, sondern nach dem Ort, wo die nötigen Räume zur Verfügung standen. Die Währungsreform setzt dem blühenden Schwarzmarkt ein schnelles Ende. Die Betriebe werden zu realistischen Kalkulationen gezwungen, der Konkurrenzkampf verschärft sich. Unter den in Konkurs gehen Firmen, befinden sich besonders viele von Vertriebenen, da diesen zumeist das Eigenkapital fehlt.

Seit 1948 werden deshalb in NRW aus Mitteln des Landes Existenzgründungskredite für Vertriebene zur Verfügung gestellt. Ohne deren Vergabe, hätte die Integration der vertriebenen Handwerker und anderen Selbstständigen einen schweren Rückschlag erlitten. Beim städtischen Gewerbeamt sind 1949 von 905 gemeldeten Betrieben 40 Flüchtlingsbetriebe, davon 18 (von 436) reine Gewerbebetriebe, drei (v. 134) Handwerksbetriebe mit sonstigem Gewerbe, zehn (v. 219) Handwerksbetriebe, ein Fabrikationsbetrieb (v. 38) und acht (v. 78) in freien Berufen Tätige. An zehn Betriebe vergibt die Stadt Kredite mit einer Gesamtsumme von 30.000 DM zum Existenzaufbau in Höhe von 500 bis 5.000 DM.

Im Februar 1951 veröffentlicht der Bund vertriebener Deutscher eine Liste mit 62 Vertriebenenbetrieben und nennt dies eine „stolze Bilanz“. Sie sei möglich geworden durch „hervorragende eigene Tatkraft und z. T. durch wirksame Unterstützung seitens der Behörden“. Von diesen 62 Betrieben sind 20 im Handwerk, 24 im Handel und vier im Gewerbe ansässig. Zudem gibt es freiberuflich Tätige, darunter drei Ärzte, ein Anwalt und ein Journalist. Die Kölner Stadt-Anzeiger kommentiert dies freundlich: „Man kennt die Schwierigkeiten, mit denen gerade Ortsfremde zu ringen haben, um wieder zu einer Existenz zu kommen. Wenn es dennoch gelang, sich zum Teil sehr beachtliche Unternehmen aufzubauen, so verdient ihre Tatkraft, ihr Unternehmungsgeist nicht nur Anerkennung, sondern auch weiterhin Förderung.“



Das Motiv eines säenden Mannes des vertriebenen Künstlers Gerhard Hoffschultz ist seit 2023 nicht mehr sichtbar. Es wurde durch eine wärmedämmende Maßnahme verdeckt. Zum Freskomaler Gerhard Hoffschultz siehe auch den Artikel von Wilfried Schulz-Rotter im Heft 1/2018 der Brühler Heimatblätter.

Foto: Ulrich Wehrhahn

Exkurs:

Die Glasfabrik Wittwer – zur Ansiedlung eines Vertriebenenunternehmens

Im Hinblick auf den wegen des Abzugs der Braunkohle betriebenen Strukturwandels der Wirtschaft, beginnt die Stadt mit oft langwierigen Verhandlungen, um neue Industrie- und Gewerbebetriebe in Brühl anzusiedeln. Zu den Erfolgen gehört die Ansiedlung eines Kristallglaswerkes. Das stark industrialisierte NRW lässt für die neu hinzukommenden Flüchtlingsunternehmer nur wenig Raum. In einzelnen Branchen hat die Flüchtlingsindustrie aber auch in NRW eine relative Bedeutung gewonnen. 1956 gibt es im Industriezweig Glas 42 „Flüchtlingsbetriebe“, dies entspricht einem Anteil von 22,6 Prozent.

Die Bemühungen der Stadt um die Ansiedlung von, zunächst sudetendeutschen, Betrieben der Glasindustrie beginnen schon 1948. Wegen der fehlenden Unterstützung der Landesplanungsstelle im Wirtschaftsministerium NRW scheitern diese. Das Land bevorzugt deren Niederlassung in den Kreisen Euskirchen, Schleiden und Düren. Im folgenden Jahr werden Verhandlungen mit den Inhabern der süddeutschen Kristallglasfabrik Beyer & Co. geführt. Die Verhandlungen scheitern schließlich 1951/52 ebenfalls. Aber noch während dieser Verhandlungen bietet der zunächst als Beauftragter von Beyer & Co. auftretende Glasfabrikant Wittwer an, unter den gleichen Bedingungen, sein eigenes Glaswerk nach Brühl zu verlegen.

Die Kristallglasfabrik Wittwer war ursprünglich in Bad Altheide, Grafschaft Glatz in Schlesien beheimatet. 1912 gegründet, fanden dort bis zu 600 Personen Arbeit. Nach der Vertreibung betreibt Wittwer zunächst in Eitorf/Sieg eine Kristallglasschleiferei. Die zur Ausdehnung benötigten Flächen stellt nun Brühl zur Verfügung. Die Ansiedlungspläne werden schnell konkreter. Der Wirtschafts- und Finanzminister des Landes NRW sagt die Vergabe von „verlorenen Zuschüssen“ und Krediten zu. Die Bezirksregierung beauftragt die Firma zudem mit der Rohglaslieferung der Rheinbacher Raffineure. Wittwer verpflichtet sich unmittelbar nach der festen Kreditzusage mit dem Bau der Glasfabrik zu beginnen. Die Stadt stellt für die Bereitstellung eines Grundstückes folgende Konditionen: Bewertet wird es mit 0,80 DM pro qm, zu zahlen sind 0,10 DM. Der Differenzbetrag gilt bei Aufnahme des Fabrikbetriebes als bezahlt. Die Wegebaukosten gehen zu Lasten der Firma, desgleichen die Anschlüsse für Wasser und Strom auf dem Firmengelände.

Aufgrund der Ansiedlung der Firma Wittwer soll Brühl, nach Plänen des Landeswirtschaftsministeriums, ein Zentrum der schlesischen Kristallglasfabrikation werden. Die Böhmisches und Gablonzer Glasfabrikation in Rheinbach und Euskirchen würden dadurch „vorteilhaft“ ergänzt. Beabsichtigt ist, die gesamte Glasfabrikation in NRW, die für den Export von Bedeutung ist, in einer Region zusammenzufassen. Bezüglich der Finanzierungsfrage kommen verschiedene Finanzierungsquellen in Frage, darunter Flüchtlings- und Remontagekredite sowie Kredite der Vertriebenenbank. Bedenklich sei aber die mangelnde Eigenkapitalausstattung. Deshalb sollen Bemühungen angestellt werden, auch Bankkredite zu erhalten, da sonst die Ablehnung im Landeskreditausschuss

drohe. Um die Unterstützung der Bundesregierung für das Ansiedlungsprojekte zu erhalten, finden erfolglose Besprechungen im Bundeswirtschafts- und im „Flüchtlingsministerium“ statt. ERP-Mittel waren aber für die Glasindustrie nicht vorgesehen.

Die Stadt übernimmt die Spitzenfinanzierung für den Neubau von 16 Wohnungen (u.a. in der Elisabethstraße und



Für Umsiedlerflüchtlinge und Spezialarbeiter einer Glashütte in Schlesien, die demnächst im neuen Brühler Glaswerk Wittwer arbeiten werden, erbaute die „Gebausie“ am „Herrengarten“ in Vochem diese Wohnungen. Die Wappen verschiedener ostdeutscher Städte und Landschaften zieren die bereits fertigen Häuser. Diese und die jetzt gerichteten werden sich dem Gesamtbild der wirklich schmucken Siedlung sehr gut einfügen.

Foto: Becker
Kölner Stadtanzeiger 8.8.1952 Stadtarchiv Brühl

in Vochem), die für Facharbeiter der Firma Wittwer bestimmt sind. Diese werden benötigt, um den Betrieb in Gang zu bringen.

Der Stadt gelingt es in Verhandlungen mit der Kreisverwaltung, dass Facharbeiter, die in dem neuen Werk beschäftigt werden, auf ihr Aufnahmekontingent für Umsiedler angerechnet werden. Ebenso werden acht, auf die durch Neubauten für Umsiedler zu erstellenden zehn Wohnungseinheiten angerechnet. In der Folge werden insgesamt 29 Facharbeiterfamilien auf die Quote angerechnet. Für die Kreditvergabe wird der Firma die Auflage gemacht, 1952 mindestens 53 Arbeiter einzustellen, davon 30 Umsiedler und 23 Einheimische. Die endgültigen Bedingungen für den Grundstücksverkauf sind nicht bekannt, spielen für die Ratsmitglieder auch keine Rolle, da die Ansiedlung mit den zu erwartenden Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen, auch für Einheimische, für sie Priorität hat. Bis Anfang der 1960er Jahre steigt die Zahl der Beschäftigten auf rund 100. Produziert werden später hauptsächlich Kelchgläser, die als Qualitätserzeugnisse zum größten Teil exportiert werden. Das Werk wird 1989 geschlossen.

Dass es sich bei der Fabrik um ein Vertriebenenunternehmen handelt, spielt für die Stadträte keine Rolle. Die Chancen (zusätzliche Steuereinnahmen und Arbeitsplätze durch die mögliche Ansiedlung weiterer Glasbetriebe) und die Vorteile in der Finanzierung der Ansiedlung, werden zur Kenntnis genommen. Tatsächlich ist die Tatsache, dass auch Einheimische bei einem Vertriebenenunternehmen Anstellung finden als ein Integrationsfortschritt zu bewerten. Vertriebene werden nicht mehr nur als mittellose Zuwanderer angesehen werden können, sondern als Arbeitgeber und in Bezug auf die Umsiedler als gut ausgebildete Fachkräfte. (Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Mittwoch, 27. März 2024, 16:00 Uhr

Jahreshauptversammlung 2024 Brühler Heimatbund e.V.

Vereinsräume des BHB, Heinrich-Esser-Straße 14, 50321 Brühl

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Versammlung durch den 1. Vorsitzenden (komm.)
2. Protokoll der letzten JHV
3. Geschäftsbericht 2023
4. Kassenbericht 2023
5. Bericht der Rechnungsprüfer
6. Wahl Versammlungsleiter(in)
7. Entlastung des Vorstandes
8. Wahl der Rechnungsprüfer für 2024
Wahl 1. Vorsitzende(r)
Wahl 2. Vorsitzende(r)
Wahl Geschäftsführer(in)
9. Sonstiges

Eventuelle Vorschläge zur Tagesordnung müssen mindestens eine Woche vor Beginn der Versammlung schriftlich, mit Begründung, beim Vorstand eingehen.

Zur aktuellen Situation des Brühler Heimatbundes

Liebe Mitglieder und Freunde des BHB,

auf der letzten Jahreshauptversammlung im März 2023 trat der 1. Vorsitzende Michael Hammermayer aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück und bestimmte den Schatzmeister Rainer Legerlotz kommissarisch bis zur nächsten Jahreshauptversammlung zum 1. Vorsitzenden. Gleichzeitig trat der Geschäftsführer Wilfried Kühn, ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen, zurück, so dass der Posten des Geschäftsführers z. Z. vakant ist. Wir haben also folgende Situation: Rainer Legerlotz ist 1. Vorsitzender (kommissarisch), Schatzmeister und Schriftleiter der Brühler Heimatblätter. Michael Hammermayer steht ihm bis zur nächsten Jahreshauptversammlung als stellvertretender Vorsitzender beratend zur Seite. Es wird also dringend ein neuer Vorstand bis zu diesem Termin gesucht, und zwar für die Positionen: 1. VorsitzenderIn, stellvertretende(r) VorsitzenderIn und GeschäftsführerIn.

Es können auch Personen sein, die noch kein Mitglied des BHB sind. Interessenten bitte melden bei Rainer Legerlotz Tel.: 02232 – 51808, E-Mail: rm.legerlotz@koeln.de

Sollte bei der Jahreshauptversammlung am 27. März 2024 kein neuer Vorstand gewählt werden können, muss der Verein aufgelöst werden. Diese Prozedur mit Notar, Amtsgericht, Vereinsregister usw. dauert ein Jahr. Kündigungen brauchen in diesen Fall nicht eingereicht werden. Die Mitgliedschaften erlöschen automatisch. Bedauerlicherweise muss das Erscheinen der Brühler Heimatblätter dann ebenfalls eingestellt werden, denn der BHB ist der Herausgeber.

Alle hoffen wir jedoch, dass noch ein Wunder geschieht und der letzte Absatz dieses Artikels keine Anwendung findet.

Rainer Legerlotz



Weil's
wichtig ist.

Gemeinschaft stärken.

Wir fördern den Jugendsport sowie Kunst, Kultur und soziale Projekte in der Region.

ksk-koeln.de/unser-engagement

Weil's um mehr als Geld geht.



Kreissparkasse
Köln

Impressum:

Herausgeber:

Brühler Heimatbund e.V.,
Heinrich-Esser-Str. 14, 50321 Brühl

1. Vorsitzender:

Rainer Legerlotz (komm.)
Bergerstr. 65, 50389 Wesseling-Berzdorf,
Tel. 0 22 32 / 5 18 08

Stellv. Vorsitzende: Michael Hammermayer,
Schwingelerweg 50, 50389 Wesseling, Mobil 0172 / 80 545 26

Geschäftsführer:

Vakant

Schatzmeister/Schriftleiter:

Rainer Legerlotz
Bergerstr. 65, 50389 Wesseling-Berzdorf,
Tel. 0 22 32 / 5 18 08

Geschäftsstelle:

Heinrich-Esser-Straße 14, 50321 Brühl
Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen):
Ist zur Zeit geschlossen.
Termine nach Vereinbarung.
Tel. 0 22 32 / 56 93 60
www.heimatbundbruehl.de
E-Mail: bhb-bruehl@posteo.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin / des Autors und nicht die des Schriftleiters bzw. des Vorstandes des Brühler Heimatbundes e.V. wieder.

Nachdruck oder Fotokopieren einzelner Kapitel oder des gesamten Heftes nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Herausgebers und der Autorin / des Autors!



Gebrüder
Kuhl

METALLBAU · SCHLOSSERARBEITEN

MARKISEN

BERATUNG · LIEFERUNG · MONTAGE

www.kuhl-metallbau.de



Mühlenstr. 79 · 50321 Brühl · Tel. 0 22 32/4 27 75 · Fax 0 22 32/4 83 14

Hier könnte Ihre
Anzeige stehen.

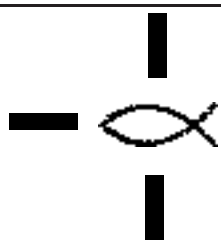
Info: 0 22 32 - 5 18 08

Die vielseitigen Maler-
und Lackierermeister



Malerarbeiten

Gleueler Weg 6 · 50321 Brühl
Tel. 0 22 32 / 4 50 55 · Fax 4 68 11



SECHTEM

BESTATTUNGEN

Bestattungsvorsorge
Treuhandverträge
Erledigungen bei allen Behörden
Eigene Abschiedsräume

Tel. 02232 - 42564 Tag & Nacht
50321 Brühl, Bonnstr. 14-18 Parkplatz am Hause
www.bestattungen-sechtem.de

Qualität und Kompetenz für Mensch und Umwelt



- Altbauanierung
- Betonarbeiten
- Maurerarbeiten
- Fliesen- und Pflasterarbeiten
- Putz- und Trockenbauarbeiten
- Keller trockenlegung

(0 22 32) 209 259
www.bu-bau.de

50 Rheinland-Touristik
Seit 1970 Platz GmbH

Mit Sicherheit besser ankommen!



Rheinland-Touristik Platz GmbH | Industriestraße 57 | 50389 Wesseling
Tel. 0 22 32-945 940 | info@rheinland-touristik.de | www.rheinland-touristik.de



St. Sebastianus
Schützenbruderschaft Brühl
vor 1442 e.V.

Für Glaube, Sitte, Heimat feiern
wir unsere Schützenfeste immer
am dritten Wochenende im Juli.
Besuchen Sie uns!

Mehr zu unserem Vereinsleben unter: st-seb-bruehl1442.de oder nehmen Sie
direkt Kontakt mit uns auf: info@st-seb-bruehl1442.de.



Bedachungen - Zimmerei

Meisterbetrieb
in 5. Generation

Engeldorfer Straße 30 | 50321 Brühl-Ost
Tel. 0 22 32 - 4 20 21 | Fax 0 22 32 - 4 80 57
E-Mail: info@thoben-koch.de | www.thoben-koch.de

MITGLIED DER DACHDECKER-INNUNG

